

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02221) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Johannes Rau MdL, NRW-Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender, zu den bevorstehenden Landtagswahlen: SPD geschlossen - Strauß wegwählen.

Seite 1-2a

Hans-Jürgen Augstein MdB fordert die Union auf, ihre Bremserfunktion in der Kriegsdienstverweigerungsfrage aufzugeben: Warnung vor neuen Scheinargumenten.

Seite 3

Peter Büchner MdB zur Olympia-Diskussion: Boykott der Entspannung? Seite 4/5

Martin Berg, Bürgermeister von Frankfurt, appelliert nach der NSDAP-Gründung in Frankfurt: Dem Spuk ein Ende bereiten. Seite 6

Henning Vorscherau MdB zur Rasterfahndung: Zielkonflikte bei Massenverwendung. Seite 7/8

Heinz Menzel MdB zum Gesetzentwurf der ULA: Mehr Dünkel - weniger Rechte? Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 8 12-1

35. Jahrgang / 24

4. Februar 1980

Strauß wegwählen!

NRW-SPD geht geschlossen in den Wahlkampf

Von Johannes Rau MdL
SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten haben am Wochenende auf ihrem Parteitag in Bochum eindrucksvoll gezeigt: Wir gehen geschlossen und entschlossen in die Auseinandersetzungen der letzten Monate bis zur Landtagswahl am 11. Mai. Unser Ziel ist es, wieder stärkste Fraktion im Düsseldorfer Landtag zu werden. Das wird nicht leicht sein, denn das waren wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen nur einmal: Von 1966 bis 1970.

Wir haben deutlich gemacht: Bei der Wahl am 11. Mai geht es darum, Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf, die beiden Statthalter von Strauß in Nordrhein-Westfalen, zu stoppen und den Kanzlerkandidaten der Union wegzuwählen.

Denn bei der Landtagswahl geht es nicht nur um eine SPD-geführte Landesregierung in Düsseldorf, sondern um die politische Zukunft der gesamten Bundesrepublik. Über einen CDU-Sieg in Düsseldorf soll die Bundesregierung aus den Angeln gehoben werden und Helmut Schmidt in Bonn durch eine CDU/CSU-Blockade über den Bundesrat das Regieren unmöglich gemacht werden. Das hat auch Bundeskanzler Helmut Schmidt betont: "Wir sind in Bonn darauf angewiesen, daß in Düsseldorf die gleiche sozialliberale Koalition an der Regierung bleibt." Ein vom CSU/CDU-Kanzlerkandidaten Strauß ferngesteuertes Kabinett könne die Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung verhindern.

Wir Sozialdemokraten aber bedürfen in Sachen Sicherheit und Entspannung und Friedenspolitik keine Belehrung. Jemand, der



Verteidigungsminister war wie Helmut Schmidt und jemand, der in schwierigen und kritischen Jahren zehn Jahre lang Regierender Bürgermeister von Berlin war wie Willy Brandt, der weiß, wie eng Sicherheitspolitik und Friedenspolitik zusammengehören und daß die Politik der Entspannung und die Politik des Friedens keine Politik des Nachgebens sein kann. Gerade in Zeiten der außenpolitischen Schwierigkeiten kommt es darauf an, daß in der Bundesrepublik vertrauenswürdige und besonnene Politik betrieben wird, und das nicht die Leute das Meist in die Hand bekommen, bei denen man nie weiß, wann ihnen eine Sicherung durchbrennt.

Wir haben am Wochenende in Bochum unsere Führungsmannschaft gewählt und ein Landtagswahlprogramm beschlossen, das klare Antworten auf die Herausforderungen der 80er Jahre gibt und das die Fehler der Politik aufzeigt, auf denen wir die Auseinandersetzungen mit der Opposition suchen wollen.

Mit gutem Grund haben wir in unserem Programm betont: Der Friede in Europa muß gesichert, der Friede in der ganzen Welt muß durch Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt erkämpft werden. Wir müssen den Völkern der Dritten Welt helfen, Not und Elend zu überwinden.

Erstes Ziel bleibt für Sozialdemokraten die Sicherung der Arbeitsplätze. Wir werden die erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik fortführen und noch mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Es wird aber in den 80er Jahren darum gehen, die Technik zur Verbesserung unseres Lebens zu nutzen und ihre Risiken für die Umwelt und für die Arbeitsplätze in den Griff zu bekommen. Denn wir wollen eine humane Kontrolle und Beherrschung der Technik.

Wir sind herausgefordert, die Gleichberechtigung der Frau, die freie Entfaltung der Familien und gleiche Chancen für alle Kinder zu verbessern. Wir werden die Selbstverwirklichung freier und mündiger Bürger gegen Bevormundung verteidigen. Wir kämpfen für mehr Mitbestimmung im Betrieb, am Arbeitsplatz und für mehr Mitwirkung in allen Lebensbereichen.

Dazu gehört auch, daß wir in der Frage des Paragraphen 218 nicht zurückgehen werden - zurückgehen in die Phase der Dunkelziffern, der Hollandfahrten und der Scheinhelligkeiten.

Wir halten im Bereich der Sicherung unseres sozialen Rechtsstaates und seiner demokratischen Substanz Regelanfragen für kein geeignetes Mittel zur Abwehr von Gegnern unseres freiheitlichen Staates.

Wir streiten für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir wollen keine kommerziellen Sender.

Wir werden Gesamtschulen überall dort errichten, wo die Eltern dies wollen.

Wir werden unsere Politik des Vorrangs für die Kohle konsequent verwirklichen. Wir werden in Nordrhein-Westfalen Kernkraftwerke nur dann genehmigen, wenn andere Energieträger nicht zur Verfügung stehen. In Nordrhein-Westfalen müssen endlich die genehmigten Kohlekraftwerke gebaut werden.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat zur Sache nichts zu sagen. Ihre Forderung nach Ablösung der SPD-geführten Regierung allein ist kein Argument. Wir werden die CDU in den nächsten Monaten ständig danach fragen, welche Politik sie für die Menschen an Rhein und Ruhr will. Wenn der CDU-Wahlkampfleiter Bledenkopf deutlich sagt, er wolle von der



Vollbeschäftigungspolitik und von den staatlichen Subventionen Abschied nehmen, dann müssen wir deutlich machen: Das bedeutet programmierte Arbeitslosigkeit.

Als erstes würde er wohl das Ruhrprogramm einstampfen. Hilfen für Hoesch gäbe es unter einem CDU-Wirtschaftsminister Biedenkopf sicher auch nicht. Dann stünden 20.000 Arbeitnehmer auf der Straße. Wohin eine solche Politik geführte hätte, das wissen die Menschen an Rhein und Ruhr am Besten: Ohne staatliche Hilfe wäre der Bergbau längst tot. Zigtausende Menschen hätten ihre Existenzgrundlage verloren. Die Energieversorgung der Bundesrepublik wäre heute ohne die vorausschauende, wenn auch teure Politik für die Kohle gefährdet.

Wir werden Biedenkopf danach fragen, welche Mieten er dem Facharbeiter und dem kleinen Angestellten eigentlich zumuten will, da er den Sozialen Wohnungsbau und die Hausparförderung abbauen möchte. Wir werden Biedenkopf fragen, ob er in Nordrhein-Westfalen bleibt auch dann, wenn die CDU verliert. Wir wollen von ihm wissen, ob er das Landtagsmandat annimmt und sich nach dem 11. Mai auf die Oppositionsbank setzt oder ob sein Engagement für Nordrhein-Westfalen nur als Sprungbrett für seine weitere Karriere in Bonn dient. Und wir werden Heinrich Köppler fragen, welche Männer und Frauen er für sein Kabinett in Nordrhein-Westfalen vorgesehen hat. Bislang jedenfalls kommt er schon beim dritten Namen ins Stottern.

Wir Sozialdemokraten dagegen haben eine bewährte Mannschaft. Wir haben in Bochum deutlich gemacht: Die Partei ist geschlossen. Sie ist zum Kampf um jede Stimme bereit. Daß ich mit 285 von 287 Stimmen als Spitzenkandidat bestätigt wurde, macht mich fast verlegen, gibt mir aber Rückenwind für die nächsten entscheidenden Monate. Wir werden alle Kraft daher einsetzen, daß der CDU am 11. Mai eine klare Absage durch den Wähler erteilt wird und daß die erfolgreiche Arbeit unserer Regierung weitergehen kann - zuerst in Düsseldorf, dann in Bonn.

(-/4.2.1980/ks/ca)

+ + +



Warnung vor neuen Scheinargumenten

CDU/CSU sollten Neuordnung des Kriegsdienst-Verweigerungsrechts nicht länger bremsen

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Nach der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung haben CDU und CSU ihre Sprache noch nicht wiedergefunden. Ihr Verlangen, Kriegsdienstverweigerer sollten sich einer Überprüfung ihrer Gewissensentscheidung unterziehen müssen, ist von allen Sachverständigen als unerfüllbar bezeichnet worden. Daß eine Gewissensüberzeugung nicht geprüft werden kann wie Fremdsprachenkenntnisse oder Geschichtszahlen, war seit jeher sozialdemokratische Auffassung. Sie ist eindrucksvoll bestätigt worden. Doch die Opposition ist offenbar nicht bereit, ihre total isolierte Position zu überprüfen.

Doch die öffentlichen Befürchtungen, die Reform werde scheitern und nach der Wahl erneut von vorn begonnen werden müssen, dürfen sich nicht bewahrheiten. Die Union sollte sich der Neuordnung nicht länger entgegenstemmen und nicht der Versuchung erliegen, im Bundesrat die überzeugenden Darlegungen der Sachverständigen in der öffentlichen Anhörung zu ignorieren. Die Folge wäre nämlich eine tiefe Enttäuschung in der jungen Generation, die nicht nur im Blick auf den Wahltermin unter allen Umständen vermieden werden muß.

Es ist deshalb notwendig, die CDU/CSU sehr nachdrücklich davor zu warnen, neue Scheinargumente zu ersinnen und in die Debatte zu werfen. So könnte nur von einem durchsichtigen Ablenkungsmanöver gesprochen werden, wenn die Union der Idee verfiel, das Thema mit der weltpolitischen Krise um Afghanistan und Iran und mit der Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses zu verknüpfen.

Der Auftrag des Grundgesetzes, Recht und Verfahren der Kriegsdienstverweigerung durch ein Gesetz im einzelnen zu regeln, besteht unabhängig von der außen- und sicherheitspolitischen Lage. Ja, eine drohende Krise sollte sogar Anlaß sein, eine verfassungsrechtlich einwandfreie Regelung rasch in Kraft zu setzen, um auf jeden Fall Konfliktsituationen für junge Bürger zu vermeiden. Auch die Dauer des Zivildienstes muß unabhängig von Zweckmäßigkeitserwägungen, sondern ausschließlich gemäß Artikel 12a festgelegt werden.

Der bisherige Verlauf der Reformbemühungen hat es sinnvoll erscheinen lassen, die Opposition vorbeugend zu warnen, die dargelegten oder ähnliche neue Verzögerungsargumente auf den Tisch zu bringen. Der Stau unerledigter Anträge und die Hoffnung immer neuer Wehrpflichtiger nach Klarheit verpflichten uns zu einer baldigen endgültigen Entscheidung.

(-/4.2.1980/ks/ca)

+ + +



Boycott der Entspannung?

"Wir werden Opfer bringen müssen" - Aber doch nicht bei guten Geschäften!

Von Peter Böhner MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

"Olympia ist wichtig, noch wichtiger sind Frieden und Freiheit" heißt der Slogan eines Flugblattes der CDU/CSU, das für den Olympia-Boycott "werben" soll.

Am wichtigsten scheinen weder Olympia noch Frieden und Freiheit, sondern die Wahlinteressen der Union zu sein. Diesem Ziel werden Vernunft und Zurückhaltung bereitwillig geopfert. "Strauß for president" - ein Hoch den Vorwahlen!

Um allen unkeuschen Verdächtigungen der Union zu begegnen - leider ist dies erforderlich -, muß klar sein: Niemand bei den Bundestagsparteien billigt die Ereignisse in Afghanistan. Einmütige Verurteilung, keinerlei Verharmlosung. Aber doch auf der einen Seite Panikmache und scharfe Reden und auf der anderen Seite Vernunft und ruhiges Abwägen der Lage.

Zur Erinnerung: Vor dem Einmarsch gab es in Afghanistan bereits ein Regime, das mehr als 30.000 politische Gefangene hatte. Dieses Regime war auch von den Russen eingesetzt. Afghanistan ist seit 1919 unter dem Einfluß der UdSSR. Jetzt wurde mit militärischen Mitteln eine Marionettenregierung etabliert, die keinesfalls einer unabhängigen demokratischen sondern östlich-orientierten, diktatorischen, verbrecherischen folgte. Schlimm für Afghanistan, und der Einmarsch sicher ein großer Fehler der UdSSR.

Niemand konnte und kann allerdings diese Invasion verhindern, wenn es nicht Krieg geben soll. Die Reaktion der Welt war eindrucksvoll. Noch selten war die UdSSR so isoliert als nach dem UNO-Beschluß. 104 Staaten hatte sie gegen sich. Nicht nur den Westen sondern vor allem die ganze Dritte Welt. Und sogar der Osten stand ihr nicht einmütig bei.

Dann wurde "reagiert" - in den USA und bei uns. Die Weizenlieferungen sollten gestoppt werden, aber "laufende Verträge" sollten erfüllt werden. Die Verbündeten übten Solidarität, sie lieferten ebenfalls weiter. Business as usual. "Wir dürfen es uns nicht so leicht machen, wir werden Opfer bringen müssen." Aber doch nicht bei guten Geschäften!

Die Union trug schwarzüber der Maske. Sie hatte zur Beerdigung geladen. Zur Leiche wurde die Entspannungspolitik erklärt. Das Motto der Grabrede: Schluß mit den Illusionen. Vorwärts in die 50er Jahre!



Zum Teufel mit der Strauß-Erklärung, Verträge seien einzuhalten. Jetzt wird aufgeräumt. Wir haben es immer gewußt, die Entspannung hat nichts gebracht. Was gelten da schon zehn Jahre Ruhe und Sicherheit in Berlin, Garantie der Zufahrtswege, jährlich acht Millionen Westbesuche in der DDR, unzählige Telefonate, auch Ausreisen durch die Mauer zu uns, Wirtschaftsbeziehungen und Handelsvereinbarungen, Sportbeziehungen... zählt nicht: die DDR ist noch nicht erobert. Heim ins Reich!

Illusionen heißt das Schlag-Wort. Wie war denn das in den 50er Jahren? Wir müssen nur stark sein, mit dem Westen aufrüsten, täglich unsere Ablehnung des Kommunismus wiederholen, im "Glauben" festbleiben - dann zwingen wir die Russen in die Knie und Wiedervereinigung, Freiheit und Frieden für die Deutschen in den Grenzen von 1937 fallen uns in den Schoß.

Bis 1969 haben solche Illusionen Mehrheiten gefunden. Adenauer, Erhard, Kiesinger. Ach was, Mauer, Berlin-Ultimatum, Verhärtung, Auseinanderentwicklung, Trennung von Familien, rote Ampeln auf Transitwegen; wer weiß das schon noch. Illusionen, Illusionen.

Aber zurück zur Gegenwart. Wer wollte schon aus der Vergangenheit lernen? Jetzt müssen wir's den Russen geben. Nein, ich meine nicht die "Nachrüstung", sondern den Nach-Boycott. Wir sind ohnehin schon spät dran, die Meldefrist für unsere Mannschaft läuft am 19. Mai ab. Und außerdem haben schon sieben Länder von 150 Geschlossenheit gezeigt.

Natürlich hat Sport mit Politik zu tun: 1972 in München hatten wir - bis der Überfall kam - die heiteren Spiele mit den Amerikanern abgehalten. In Vietnam waren damals andere Amerikaner, und Napalm-Bomben trafen schließlich keine Sportler.

Waren unsere Kicker in Argentinien schlecht! Ein Boycott der Fußball-WM wäre vielleicht doch besser gewesen, zumal die Regierung dort ja ohnehin Zehntausende von politischen Gefangenen sitzen hat und auch foltert. Fast wie die UdSSR mit Sacharow.

Boycott darf doch nicht teilbar sein?! Wie Entspannung. (-/ 4.2.1980/hl/ca)

+ + +



Dem Spuk ein Ende bereiten

NSDAP-Gründung in Frankfurt fordert zum Handeln heraus

Von Martin Berg

Bürgermeister und Spitzenkandidat der Frankfurter SPD für die Kommunalwahl 1981

Die Nachrichten werden immer alarmierender: Wenige Tage nach dem Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann wurde am Wochenende in Frankfurt eine "Nationalsozialistische Demokratische Arbeiterpartei" (NSDAP) gegründet. Der Initiator und Vorsitzende dieser - so die Selbsteinschätzung - "modernen nationalsozialistischen und demokratischen Partei neuen Stils" ist auf der Bühne des Rechtsextremismus kein Neuling: Erwin Schönborn wurde bereits als Vorsitzender des "Kampfbundes Deutscher Soldaten" zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. In einer Berufungsverhandlung möchte die Staatsanwaltschaft eine Verurteilung Schönborns wegen Volksverhetzung erreichen.

Die Gründung einer NSDAP in Frankfurt ist jedoch nur die Spitze eines Eisberges. Die Mainmetropole hat sich in den vergangenen Wochen zu einem Zentrum der Aktivitäten der Rechtsextremisten entwickelt: Sie gründeten am Main einen "Nationalsozialistischen Schülerbund", eröffneten im Stadtteil Bornheim einen Buchladen mit Nazi-Literatur und sorgten während eines "Informationsstandes" einer "Volkssozialistischen Bewegung" in der Frankfurter Innenstadt für blutige Schlägereien mit Passanten und Gegendemonstranten. Und ein weiterer Aufmarsch der Rechtsextremisten wirft bereits seine Schatten voraus: Am 17. Juni wollen die NPD und ihre Anhänger in Frankfurt wieder ihr "Deutschland-Treffen" veranstalten.

Angesichts dieser Entwicklung müssen wir handeln. Frankfurt darf nicht zum Tunnelplatz alter und neuer Nazis werden. Gegen die zunehmend militanteren Aktionen der Rechtsextremisten müssen wir entschieden vorgehen. Dies ist nicht nur unsere Pflicht gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus, sondern auch gegenüber unserer Jugend, der von Schönborn und anderen Neonazis falsche und gefährliche Leitbilder vermittelt werden. Schönborns neue NSDAP verfolgt die gleichen politischen Ziele wie die vom Bundesinnenministerium verbotene Wehrsportgruppe Hoffmann und sollte daher auch ebenso wie diese behandelt werden. Dem Schönborn-Spuk sollte durch eine Verbotsverfügung rasch ein Ende bereitet werden.

(-/4.2.1980/ks/lc)

+ + +



Zielkonflikte bei der massenweisen Verwendung

Zur Rasterfahndung mit personenbezogenen Daten

Von Dr. Henning Vorscherau MdB

Vorsitzender des Innenausschusses und stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Bei der Bewertung der Herausgabe von circa 15.000 personenbezogenen Daten (Kundenadressen von Stromverbrauchern, die ihre Stromrechnung nicht selbst bezahlen) durch die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) kann es nicht um diesen konkreten Vorgang gehen. Denn es lag eine richterliche Beschlagnahme-Anordnung vor, der sich die HEW beugen mußten. Die Herausgabe erfolgte also gesetzmäßig in dem von der Strafprozeßordnung vorgesehenen Verfahren. Die HEW haben sich korrekt verhalten.

Unabhängig hiervon bedarf die allgemeine Problematik der massenweisen Verwendung personenbezogener Daten als "Schleppnetz" bei Fahndungen und Ermittlungen unverändert gründlicher Aufarbeitung. Anders als früher ermöglicht die blitzschnelle elektronische Verarbeitung von Millionen Daten heute eine Rasterfahndung, die nicht mehr bei der Tat ansetzt und von ihrer Aufklärung aus den Spuren folgt, die der Täter hinterlassen hat. Sondern die Rasterfahndung nutzt mutmaßliche Normalabweichungen im Verhalten von Tätergruppen, um die personenbezogenen Daten ganzer Bevölkerungsteile (zum Beispiel Strombezieher) auf solche Normabweichungen hin zu überprüfen und dabei vielleicht auf die Gesuchten zu stoßen. Dabei kann es im Einzelfall gelingen, daß die Fahnder an einem mit dieser Methode ermittelten mutmaßlichen Zielort eher eintreffen als der flüchtige Verdächtige selbst und ihn gleichsam erwarten. Auch andere Erkenntnisse (zum Beispiel in leeren Wohnungen) können dabei gewonnen werden.

Rasterfahndung mit Hilfe personenbezogener Daten bedeutet einen qualitativen Sprung in den polizeilichen Möglichkeiten. Die ungeheuren Möglichkeiten dieser Methode bilden naturgemäß eine starke Versuchung für jeden Fachmann, sicher auch für große Teile der Bevölkerung, die mit Recht innere Sicherheit vom Staat verlangt. Nachdenkliche Zweifel an der gesellschaftspolitischen Weisheit dieser "Schleppnetz"-Methode sind daher in der Regel nicht populär.

Gleichwohl sind sie nötig. Ermittlungs- oder Fahndungsarbeit durch maschinelle Aussonderung nach statistischen Wahrscheinlichkeiten aufgrund genereller Erfahrungswerte (also ohne konkreten Anhaltspunkt) ist in Wahrheit bloße Ausforschung. Die massenweise Heranziehung personenbezogener Daten für solche Zwecke kann durch den Gewöhnungsprozeß unabsehbare gesellschaftliche Konsequenzen haben. Gerade spektakuläre Erfolge werden einen Sog auslösen, der zu der Erhebung von immer mehr, der Heranziehung immer privater Daten und zum immer weiteren Ausbau dieses Systems mit der fortschreitenden technischen Entwicklung führen kann. Niemand kann garantieren, daß mißbräuchliche Verwendung beziehungsweise öffentliches Bekanntwerden von privaten Daten verhindert wird.

Deshalb ist zögerliches Handeln, vorsichtiges Abwägen vonnöten, nicht Jubel über den Erfolg im Einzelfall und dessen Nutzung als Hebel zur Durchsetzung. Der Zielkonflikt ist nicht ausgestanden. Die Diskussion beginnt erst. (-/4.2.1980/ks/oa)

+ + +



Mehr Dünkel - weniger Rechte ?

Vertretung der Arbeitnehmerdarf nicht geschwächt werden

Von Heinz Menzel MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Falsche Ansichten werden dadurch nicht richtig, daß sie wiederholt vorgetragen werden. Dies gilt auch für den Gesetzentwurf, den die "Union der Leitenden Angestellten" (ULA) und christdemokratische Abgeordnete zur Regelung der Rechte der sogenannten "Leitenden Angestellten" und ihrer Abgrenzung gegenüber den übrigen Arbeitnehmern vorgelegt haben, um eine gesetzliche Grundlage für "Sprecherausschüsse" in den Betrieben zu schaffen.

Aufgabe jeder Arbeitnehmerorganisation, die diese Bezeichnung zu Recht in Anspruch nehmen will, muß es sein, die Rechte der Arbeitnehmer auszubauen und durch einheitliches Vorgehen ihren Interessen Gewicht zu verschaffen.

Nun verzichtet aber der vorliegende Gesetzentwurf für die darin vorgesehenen Sprecherausschüsse der Leitenden Angestellten, auf die das Betriebsverfassungsgesetz keine Anwendung mehr finden soll, "bewußt" - wie es in der Begründung heißt - auf Mitbestimmungsrechte, wie sie dem Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz zustehen. Statt dessen soll das Prinzip "qualifizierter" Mitwirkung herrschen. Was unter diesem schwammigen Begriff zu verstehen sein soll bleibt offen. Ebenso die Frage, wie trotz des Grundsatzes der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" zum Wohle des Betriebes zwischen Arbeitgeber und Sprecherausschuß auftretende Konflikte gelöst werden sollen. So fehlen zum Beispiel nicht nur Mitbestimmungsrechte und Einigungsstelle. Auch ein Widerspruch bei Kündigungen und das Recht des Arbeitnehmers bei Widerspruch durch den Betriebsrat und Feststellungsklage weiterbeschäftigt zu werden, ist nicht vorgesehen.

Berücksichtigt man, daß mit dem vorgeschlagenen Gesetz der Kreis der Leitenden Angestellten stark erweitert werden soll, dann heißt das: aus verbandsegoistischen Gründen möglichst vielen Arbeitnehmern die von der Gewerkschaft bereits erstrittenen Rechte zu nehmen.

Nicht verwunderlich ist es deshalb, daß die Resonanz der ULA bei den Angestellten recht bescheiden geblieben ist. Die praktischen Erfahrungen in den Betrieben zeigen nämlich den Angestellten, daß es den Arbeitnehmer als "Zwitter" nicht gibt. Entweder ist der einzelne Angestellte Arbeitnehmer, dann benötigt er den Schutz, der zu Gunsten der Arbeitnehmer bestehenden Gesetze und der kollektiven Vertretung oder er übt überwiegend Arbeitgeberfunktion aus und bedarf auf Grund seiner starken Stellung des kollektiven Schutzes nicht. Dieser Kreis von Angestellten ist naturgemäß in den Betrieben sehr klein. Die Einrichtung von Sprecherausschüssen berührt aber nicht nur die Leitenden Angestellten, sondern die gesamte Belegschaft. Schließlich würden bei Einrichtung von Sprecherausschüssen zwei Vertretungsorgane der Belegschaften im Betrieb fungieren. Eine solche Spaltung der Belegschaft bedeutet Schwächung, denn es wird nicht zu vermeiden sein - das läßt auch der von der ULA vorgelegte Gesetzentwurf erkennen - daß es zwischen diesen Organen Meinungsverschiedenheiten gäbe.

Deutlich kommt dies zum Beispiel in der von der ULA vorgeschlagenen Regelung zum Ausdruck. Nach ihr sollen die Sprecherausschüsse das Recht erhalten, beim Arbeitsgericht gegen vom Betrieb für die Arbeitnehmer erreichte Regelungen zu Felde ziehen zu können, wenn der Sprecherausschuß die Interessen der Leitenden Angestellten berührt sieht. So soll ein optimales Wirken des Betriebsrates für die Belegschaft verhindert werden. Damit würde eine Gruppe von Arbeitnehmern gegen die andere ausgespielt.

Gewerkschaften und Sozialdemokraten haben für solch fragwürdige Vorstellungen von den Aufgaben einer Arbeitnehmerorganisation kein Verständnis. Niemand kann erwarten, daß sie Vorstellungen, die zur Schwächung der Arbeitnehmervertretungen führen, unterstützen.

(-/4.2.1980/vo-he/ca)

